



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 23. März 2023

Antrags-Nr. 23-F-63-0044

Kostenlose Menstruationsprodukte in Gemeinschaftsunterkünften der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung stellen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.02.2023 -

Die Leistungssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wie auch dem SGB II und SGB XII, sehen keine unterschiedlichen Regelsätze für Männer und Frauen vor. Die Regelsätze sind trotz unterschiedlicher Bedarfe, besonders im Bereich der Hygiene, gleich. Bezogen auf Menstruationsprodukte entstehen so für menstruierende Personen Kosten, die nicht menstruierende Personen nicht tragen müssen. Das ist im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu korrigieren. Auf kommunaler Ebene kann man das Problem lösen: indem man in Geflüchtetenunterkünften kostenlose Menstruationsprodukte zur Verfügung stellt. Dann müssen menstruierende Personen diese nicht mehr von ihren Regelsätzen begleichen. Hierzu gab es bereits ein Pilotprojekt im Rheingau-Taunus-Kreis. Die Ergebnisse dieses Pilotprojekts (XI/541) sind äußerst positiv. Die Produkte waren ein "Türöffner" für vertrauensvolle Gespräche zwischen Mitarbeitenden und Bewohnerinnen. In Wiesbaden könnte eine modellhafte Erprobung in den Gemeinschaftsunterkünften erfolgen, die nach der Konzeption „GU plus“ arbeiten (mit mehr als 250 Bewohner*innen). Diesen Gemeinschaftsunterkünften sind seitens des Sachgebiets Soziale Arbeit in Unterkünften im Sozialleistungs- und Jobcenter feste Mitarbeiter*innen zugeordnet, die zudem Montag bis Freitag täglich vor Ort sind. Eine Ausgabe von Menstruationsprodukten könnte hierüber sowie zusätzlich über die sogenannten GU.plus Assistentinnen, die beim Hausmeisterservice verortet sind, erfolgen. Derzeit erfüllen 7 Gemeinschaftsunterkünfte die Kriterien für „GU plus“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) in den Wiesbadener Gemeinschaftsunterkünften ab 250 Geflüchteten Menstruationsprodukte zur kostenlosen Abholung bereitzustellen.
- 2) über die Mitarbeiterinnen des Sachgebiets Soziale Arbeit in Unterkünften bei Bedarf auch eine entsprechende Beratung sicherzustellen.
- 3) eine Evaluation des Angebots zu den Haushaltsverhandlungen vorzulegen.

Beschluss Nr. 0110

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister